

Erklärung der DKP Saarland, 11.12.2017

Haushalt der Groko im Saarland – Kein Konzept für die Zukunft des Saarlandes

Dringende Probleme bleiben auf der Strecke

Seit der Regierungsbildung im Frühjahr haben gesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, Sozialverbände, Studenten u.a.) auf dringende Probleme des Landes und der Menschen hingewiesen und Vorschläge gemacht. Doch die Koalition aus CDU und SPD hat diese politischen Impulse für Armutsbekämpfung, Bildung und zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik ignoriert. Lediglich beim Pflegenotstand wurden erste Schritte angekündigt. Die dringenden Probleme des Landes werden trotz erhöhter Steuereinnahme nicht in Angriff genommen, die Umsetzung der Schuldenbremse steht weiterhin im Vordergrund.

Das widerspiegelt sich auch im Haushaltsplan für 2018. Da findet sich kein Konzept zur wirksamen Armutsbekämpfung. Der chronische Lehrermangel an den Schulen wird mit kurzfristigen Projekten übertüncht. Die Universität wird kaputtgespart, durch Gebühren wird die soziale Auslese verschärft. Dem Landesjugendring werden notwendige Mittel für die Finanzierung seiner Arbeit versagt, um nur einige Beispiele zu benennen.

Dabei werden die Auswirkungen der anhaltenden Sparpolitik im Saarland immer deutlicher.

Beispiel Arbeit

Fast jeder fünfte Beschäftigte im Saarland arbeitet im Niedriglohnbereich. Das sind 17,6 Prozent. Mit rund 53.000 Personen ist die Unterbeschäftigung im Land konstant hoch, trotz sinkender Arbeitslosenzahlen. Im Saarland wird zudem immer mehr Teilzeit und in Leiharbeit gearbeitet. Mittlerweile sind nur noch drei von vier sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen Vollzeitstellen. Die Zahl der Aufstocker bei Hartz-IV-Leistungen ist konstant hoch.

Im Saarland zerfällt nicht nur die bauliche Infrastruktur. Es fehlt auch an Investitionen in die personelle Infrastruktur des Landes. Das beginnt bei der Bildung, dem chronischen Lehrermangel an Schulen und Berufsschulen, den fehlenden Sozialarbeiterstellen, dem Personalmangel in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge usw. .

Beispiel Pflege

Seit zwei Jahren ist die Auseinandersetzung um die Pflege und die Situation in den Krankenhäusern die größte sozialpolitische Bewegung im Saarland. Gegen den zum Himmel schreienden Pflegenotstand fordern ver.di und Beschäftigte die Durchsetzung des bestehenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Entlastung für das Personal, Mittel für Investitionen und vom Bundestag die gesetzliche Personalbemessung. Im Koalitionsvertrag hat die Landesregierung auf Druck und nach massiven Protesten und Streiks der Pflegebeschäftigten versprochen, im Krankenhausplan verbindliche Personalvorgaben zu machen. 1000 neue Pflegestellen wurden im Wahlkampf zugesagt. Passiert ist nichts. Das Saarland wolle „Impulsgeberin“ in Sachen besserer Personalausstattung sein, so tönte Monika Bachmann auf der Kundgebung am 8. März 2017.

Das gilt nun nicht mehr. Im Gegenteil: In einem von der Landesregierung beauftragten Gutachten wird von Personalvorgaben abgeraten und den Pflegekräften wird abgesprochen, ihre Belastung und den notwendigen Personalbedarf selber richtig einschätzen zu können. Statt wirksame Maßnahmen gegen den Pflegenotstand zu ergreifen wird den überlasteten und ausgepressten Pflegebeschäftigten noch eine Klatsche verpasst. Der bekannte Slogan „Im Versprechen sind sie fix – nur einhalten tun sie nix.“ trifft hier zu.

Beispiel Armut

Die soziale Situation der Saarländer/innen ist bereits jetzt schlechter als im westdeutschen Schnitt. Die Einkommen der Saarländerinnen und Saarländer liegen 8,5 % unter dem westdeutschen Durchschnitt. Gut jeder sechste Saarländer ist einem Armutsrisiko ausgesetzt. Es leben 26.000 arme Kinder im Saarland. Die Altersarmut wächst.

Es ist ein Skandal und verantwortungslos, wie die Groko im Saarland damit umgeht. Kein Aufschrei über diese Zustände. Kein Protest gegen die Auswirkungen der Berliner Politik, keine eigene Maßnahme, um Abhilfe zu schaffen. Angesichts dieser Situation ist der jetzt vorliegende Haushaltsplan 2018 ein Ausdruck sozialer Ignoranz. Mangels ausreichender und verbindlicher Festlegungen im Haushaltsgesetz kündigt die zuständige Ministerin Bachmann jetzt einen Aktionsplan gegen Armut für 2018 an, Trostpflasterchen sollen verteilt werden, an den Folgen der neoliberalen Politik wird herumgedoktert. Und die SPD („Partei der sozialen Gerechtigkeit“, zit. nach Martin Schulz), schweigt dazu.

Kaputtsparen geht weiter

Bis 2019 sollen nach der Finanzplanung der Landesregierung jährlich 100 Millionen € zusätzlich eingespart werden. Da ist auch die neue Steuerschätzung nur eine vorübergehende Atempause. 365 Millionen sind für Investitionen eingeplant, allein die Universität hat einen Sanierungsbedarf von mehr als 400 Millionen. Eine wirksame Entschuldung der Kommunen findet nicht statt. Nirgends investieren die Städte und Gemeinden so wenig wie im Saarland. Die um 60 Millionen erhöhte Finanzausstattung für die 52 Kommunen im Saarland ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Jetzt sollen per Diktat der CDU die Gemeinden zu weiteren Sparmaßnahmen durch Zusammenlegung von Gemeindestrukturen gezwungen werden.

CDU und SPD sind zu einem Umsteuern in der Finanzpolitik nicht bereit: Das Dogma der Sparpolitik wird zwanghaft weiter verfolgt. Überlegungen, die Einnahmeseite des Landes zum Beispiel durch eine Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie die Besteuerung der Millionen-Einkommen wesentlich zu verbessern, werden ausgeblendet.

Fazit: Die Bilanz der Groko ist katastrophal, sie versagt vor den Problemen des Landes. Die Kaputtsparpolitik wird weiter durchgezogen.

Die DKP fordert ein **Zukunftskonzept „Arbeit und Leben im Saarland“**, in dem Forderungen der Gewerkschaften, der Arbeitskammer, der Belegschaften aus den Krankenhäusern und dem Bildungssektor, aus Industriebetrieben und Verwaltungen, aus sozialen und ökologischen Bewegungen aufgegriffen und Bestandteil werden.

Des Weiteren fordern wir:

- Umsetzung der Versprechungen gegenüber den Pflegebeschäftigten: Schaffung von 1000 Stellen, verbindliche Personalvorgaben im Krankenhausplan; das sog. Gutachten in die Tonne schmeißen;
- Sofortmaßnahmen gegen die Armut und insbesondere die Kinderarmut im Land;
- ein Sofortprogramm für den Erhalt der Arbeitsplätze angesichts drohender Krisen in den industriellen Kernbereichen des Landes und Eindämmung des Niedriglohnssektors.

Wir rufen die arbeitenden Menschen, alle die sich in unserem Land um ihre Zukunft sorgen und alle die sich dafür wehren, auf: Setzen wir mit der Unterschrift unter die **Initiative „Für eine lebenswerte Zukunft! Millionärsteuer jetzt!“** ein Zeichen gegen die fortgesetzte Anhäufung des Reichtums in den Händen einiger weniger, für eine Umverteilung von oben nach unten zugunsten der vielen. (E-Mail: ini-millsteuer@gmx.de; Online-Petition bei WeAct: <https://weact.campact.de/petitions/saarlandische-initiative-millionarssteuer-jetzt>)